

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptkollektors zu Barzen, sowie des Amtsgeschäfts und des Stadtrats zu Bischofswerda und des Gemeindevorstandes des Bezirks. Erscheint seit 1846.



Anzeigebblatt für Bischofswerda, Neustadt, Stolpen und Umgegend sowie für die angrenzenden Bezirke. — Wöchentlich. Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Fernsprecher Nr. 22.

Verkauf: Bischofswerda, Markt 15. Der Verkauf der Zeitungen erfolgt für den folgenden Tag. Der Verkaufspreis ist einschließlich der wöchentlichen Befragung der Abnehmer. Der Einzelheftpreis beträgt 1.50, bei Bestellung auf 100 Exemplare 1.70; durch die Post bezogen wöchentlich 2.00, ohne Postgebühren.

Postfach-Route: Post Leipzig Nr. 21 543. — Gewerbe-Verbandskasse Bischofswerda Route Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Art — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Rückzahlung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenspreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. No. 14) oder deren Raum 50 Pfg., tägliche Anzeigen 40 Pfg. Im Tages-Teil (Zm. No. 15) 120 Pfg. die gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachschlag nach folgenden Satzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 100 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Wochen kein Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 42.

Freitag, den 20. Februar 1920.

74. Jahrgang.

Das Kulturgewissen gegen die Kulturhande.

Die im Juni des vorigen Jahres für die Unterzeichnung des Versailler Friedens eingetretene, suchten das zu rechtfertigen mit dem Hinweis darauf, daß die Nichtunterzeichnung des Friedens für uns den jähren Sturz in den Abgrund bedeutet hätte, während die Unterzeichnung im allerhöchsten Maße nur das allmähliche Hinabgleiten in den Abgrund bedeuten konnte. Eine wenn auch nur sehr vage Hoffnung, daß dieser allerhöchste Fall nicht eintreten werde und daß es dem deutschen Volk vielleicht doch noch gelingen könnte, Ordnung in sein Staatswesen zu bringen und sich wirtschaftlich zu konsolidieren, sei in jenen Tagen, so dürfte sie auch gewesen wären, immer noch vorhanden gewesen, und um dieser letzten Hoffnung willen hätten sie sich zur Unterzeichnung des fürchterlichen Friedens verstehen müssen.

Wir wollen heute mit den Parteien, die für die Unterzeichnung des Friedens von Versailles verantwortlich sind, nicht rechten, wir wollen ihnen sogar zugeben, daß der äußere Schein für sie spricht: es ist gelungen, die Zerstückelung der kommunistischen und partiatistischen Unversöhnlichen zu bändigen; es ist gelungen einen großen Teil der Weltöffentlichkeit zu überzeugen, daß sie sich von dem Singsang dieser Unselbstlichen befreien müssen, weil sie sonst diejenigen sind, die am meisten darunter leiden; es ist gelungen, das allgemeine Chaos hinzuhalten und so etwas wie eine Staatsordnung zu schaffen, innerhalb derer man leben und schaffen kann; es ist gelungen, die Verhandlungen zu schaffen für eine allmähliche Gesundung des schwer tranken deutschen Volkes. Aber — wir wiederholen es — es ist nur der äußere Schein, der die Unterzeichnung des Versailler Schmachfriedens heute rechtfertigt, denn ihr Verdienst ist es sicherlich nicht, wenn wir bei unermesslichen in den Abgrund seine tiefsten Tiefen noch nicht erreicht haben. Die ungeheuren aufbauenden Kräfte, über die unser Volk verfügt, verbrauchen sich eben nicht so schnell, trotz allen Raubbaues, der an ihnen getrieben wird, und sie zeigen sich immer noch wirksam, auch auf dem wunden Lehmboden, das von unserem deutschen stolzen Reich übrig geblieben ist. Nichts kennzeichnet so deutlich den guten Geist und den tüchtigen Kern, der in unserem Volk steckt, als die Tatsache, daß es trotz aller Schläge, die es von seinen Feindern drinnen und draußen erdulden mußte, seit Staatswesen mit jäh Energie vor dem völligen Untergang bewahrt hat, nichts ist geeigneter die Hoffnung zu rechtfertigen, die nicht zu Schanden werden läßt; die Hoffnung, daß es dem deutschen Volke dennoch gelingen werde, wieder den Weg zu finden, der es empor führen wird aus dem Abgrund, in den es versunken ist.

Aber das ist die erschütternde Tragödie unseres Volkes: kaum hat es die ersten tastenden, unsicheren Schritte getan auf dem Wege, der aus der Finsternis des Abgrundes zum Lichte empor führt, kaum hat es Atem geschöpft und ein wenig Kraft gesammelt für die weiteren Schritte nach oben, so verfehlt ihm die Boshheit und die Tücke seiner Feindern einen neuen Schlag, der es wieder zurückwirft, es womöglich noch tiefer in den Abgrund sinken läßt, als es zuvor schon gesunken war. Alle die Kraftreserven, die wir allmählich wieder gesammelt hatten seit unserem Zusammenbruch und die wir für den wirtschaftlichen Aufbau unseres Vaterlandes nicht bloß, sondern auch der gesamten unter den Nachwirkungen des europäischen Krieges eben so schwer, wie wir selbst lebenden Kulturwelt bereitgestellten Willens waren, sie sollten vernichtet werden durch das schändliche Auslieferungsbegehren unserer Feinde, durch diese Tat der Schmach, durch die sie gegen das Kulturgewissen der Menschheit gesündigt und den Zweifel wachgerufen haben, ob es denn wirklich noch so etwas gibt, wie eine Kulturgemeinschaft der zivilisierten Nationen?

Wohne uns und der ganzen Welt, wenn wirklich diese Kulturgemeinschaft für immer zerstört sein sollte! Wer Augen hat zu sehen, der sieht, daß das wirtschaftliche Elend unserer Feinde immer mehr wächst, daß sie, wenn auch langsam vielleicht wie wir, aber ebenso sicher dem wirtschaftlichen Untergang zustreben. Der französische Front wird bald nicht viel mehr wert sein wie die deutsche Front, mit dem englischen Pfund geht es unaufrichtig den Kreislauf und nach der Thron des Königs Dollar schwankt bereits bedenklich. Von der Ansicht aber, daß nur gemeinsame Arbeit der Kulturvölker den Zusammenbruch der Weltwirtschaft verhindern und die Kulturwelt vor dem wirtschaftlichen Chaos retten kann, von dieser Erkenntnis sind unsere Feinde noch

weitest entfernt, wie ihr an Deutschlands gerichtetes Auslieferungsbegehren zeigt.

Kaum scheint sich aber doch in Amerika und auch in England so etwas wie ein Kulturgewissen geregt zu haben. Zur Vorgeschichte des Umschwungs der Entente erzählt der Berliner Korrespondent der „Bayerischen Nachrichten“ aus diplomatischen Kreisen, daß die Nachgiebigkeit der Entente nicht allein durch jene Berichte bewirkt wurde, die von der englischen Militärmission in Berlin nach London gesandt worden sind, sondern auch durch einen sehr energischen Schritt der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nämlich der Friedenskonferenz in London gleichzeitig mit der Note über die Auslieferungsangelegenheit auch eine Note über die Auslieferungsangelegenheit zugestellt, in der darauf hingewiesen wurde, daß es dringend notwendig sei, Sorge zu tragen, daß in Deutschland die innerpolitischen Verhältnisse sich nicht weiter verwickeln. Die amerikanische Note enthielt Klipp und Klar die Drohung, daß Amerika sich von den europäischen Angelegenheiten gänzlich zurückziehen werde, falls die Entente nicht geneigt wäre, nachzugeben.

Das hagerblende Frankreich ist natürlich mit dieser Wendung der Dinge höchst unzufrieden und man spricht von neuen Drohungen und Zwangsmaßnahmen, zu denen Frankreich die Alliierten gern überreden möchte. Aber Frankreichs Verbündete haben größere und ernstere Sorgen, und es ist nicht zu hoffen, daß sie sich weiter dem Rachedurst Frankreichs willfährig erweilen werden.

Das Kulturgewissen scheint jenseits des Kanals und des Ozeans sich leise zu regen. Warten wir es ab, ohne vorerhi große Illusionen an diese Erscheinungen zu knüpfen.

Eine deutsche Ergennote.

Berlin, 18. Februar. Nach der „Nationalzeitung“ beabsichtigt die Reichsregierung, auf die Note der Entente eine Gegenantwort zu erteilen. Die deutsche Regierung hält eine Gegennote für notwendig, da zur Durchführung des Verfahrens vor dem Reichsgericht in Leipzig noch ein größerer Fragenkomplex in der Auslieferungsangelegenheit zwischen Deutschland und der Entente der Klärung bedarf. Man hält in maßgebenden Kreisen die allgemeinen Anlagen, wie sie beispielsweise gegen Hindenburg, Ludendorff und Tüppig gerichtet werden, in ihrer jetzigen Form nicht für genügend begründet. Das Reichskabinett trat heute deswegen zu einer Sitzung zusammen.

Verrat an Oberschlesien?

Den App. Neuest. Nachr. wird aus Berlin gemeldet: Nach den in ober-schlesischen Industriekreisen vorliegenden Informationen ist im Oktober vorigen Jahres zwischen Frankreich, Italien und England ein Geheimvertrag abgeschlossen worden, demzufolge Oberschlesien als französisches Interessengebiet erklärt wird. Die anderen Entente-Großmächte haben ausdrücklich ihr Desinteressement an Oberschlesien zugestanden. Infolge dieses Vertrages hat Nordamerika auf seine Beteiligung an der Regelung der polnischen Gebietsfrage überhaupt verzichtet, da es diesen Geheimvertrag nicht mitmachen wollte. Der Plan Nordamerikas ging, wie unser Korrespondent uns bereits früher mitteilte, auf Schaffung eines Kohlenstaates, der außerhalb der deutschen Grenzen Oberschlesien, das Dombrowaer Gebiet in Kongresspolen, das westgalizische Kohlengebiet und das mährisch-schlesische Revier umfassen sollte. Dieser Plan, für den die Amerikaner in der internationalen Kohlenkommission in Ostau sich noch im September 1919 tatkräftig einsetzten und der auch in Oberschlesien selbst viele Anhänger gefunden hatte, ist gescheitert. Eine der ersten Amtshandlungen der französischen Besatzung war, daß sie die Diskussion über den Freistaatsgedanken als unerwünscht erklärte, da von diesem Freistaat niemals die Rede sein könne. England hat infolge des Geheimvertrages ebenfalls auf seine Mitwirkung bei der Besetzung Oberschlesiens verzichtet, und die Nachricht, daß England keine Truppen verschieben werde, war nichts weiter als eine Verschleiierung der wahren Tatsachen; denn Englands Interesse konzentriert sich vertragsgemäß auf Danzig. Die Franzosen spielen sich mit jedem Tage mehr als Herren Oberschlesiens auf, und die polnische Presse beginnt bereits seit Tagen das ober-schlesische Volk allmählich darauf hinzuweisen, daß es sich an den Gedanken gewöhnen müsse, künftig polnisch zu sein.

Es liegt also die Gefahr vor, daß die Volksabstimmung in den bedrohten Ostgebieten von der Entente zu einer Farce herabgesetzt wird. Voraussichtlich wird man auch versuchen, die Pariser Abmachungen über Oberschlesien zunächst noch abzuleugnen. Das deutsche Volk wird demgegenüber verdoppelte Anstrengungen machen müssen, um diesen Plan unvorhergesehenen Ententeimperialismus zu durchkreuzen zu machen.

Kleine politische Mitteilungen.

Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Tschechenstaats von Deutschland. Der Vorsitzende des Flachspinnerverbandes in Böhmen begab sich nach Berlin, um über die Lieferung von Flach aus Deutschland zu Veredelungszwecken nach der Tschecho-Slowakei zu verhandeln.

Deschanel übernimmt die Präsidentschaft Frankreichs. Dienstag nachmittag fand im Elysee die Übergabe der Präsidentschaft statt. Deschanel wurde vom Ministerpräsidenten abgelöst und nach dem Elysee geleitet, wo er von Poincaré und sämtlichen Ministern empfangen wurde. Während der Rede wurden 21 Kanonenschüsse abgefeuert. Präsident Deschanel begab sich sodann nach dem Rathaus, wo er vom Bürgermeister feierlich empfangen wurde.

Volkskammer.

Dresden, 18. Februar. Am Mittwoch gab es wieder lebhaftere Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und der Regierung. Diesmal tritt man sich über die Zeitungsverbote und die Schutzhaft und im Zusammenhang damit über die Streikfrage und über die Auslieferungsfrage. Hier mußten sich die unabhängigen Antragsteller vom Ministerpräsidenten Dr. Grabnauer sagen lassen, daß ihre Presse sich ententistischer gebärde als die Entente selbst. Die Agitationsreden der Unabhängigen fanden wieder einmal so lebhaften Widerhall auf der scheinbar auf Kommando dichtbesetzten Tribüne, daß Präsident Frickhoff die Räumung androhen mußte. Den Schluß bildete eine Interpellation der Unabhängigen zur Feuerbestattungsfrage, wobei der Regierungsvorsteher zusagte, daß die Regierung bereit sei, eine Vorlage auf Gleichstellung der Feuer- mit der Erdbestattung noch vor der Regelung durch das Reich einzubringen, wenn die Volkskammer dies wünsche.

Die Verwaltung der sächsischen Landessteuer.

Zu „besonders beschleunigter Behandlung“ ist der Volkskammer am Mittwoch der Entwurf eines Gesetzes über die Verwaltung der sächsischen Landessteuern zugegangen, weil am 1. März dieses Jahres die bisherige Behördenorganisation wegfällt.

Nach dem Gesetz über die Reichsfinanzverwaltung und der später an dessen Stelle getretenen Bestimmungen der Reichsabgabenordnung werden bekanntlich die Reichssteuern künftig von Reichsfinanzbehörden (Finanzämtern meist Hilfsstellen und Landesfinanzämtern) verwaltet. Bis zur Errichtung dieser Reichsbehörden gelten in Sachsen die Hauptkollektoren und die Bezirkssteuereinnahmen als Finanzämter und die Generalzolldirektion, sowie die Kreissteuerräte als Landesfinanzämter. Diese Stellen hatten seither nicht nur Zölle und Reichsteuern, sondern auch Landesabgaben zu verwalten; den Bezirkssteuereinnahmen und den Kreissteuerräten war die Verwaltung der Staatseinkommensteuer, der Ergänzungssteuer, der Grundsteuer, sowie der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen übertragen, während den Hauptkollektoren und der Generalzolldirektion die Verwaltung der Stempelsteuer und der Schlachtsteuer, sowie der Übergangs- und Verbrauchsabgabe von Fleischwert oblag. Nach der Reichsabgabenordnung sind die Landesregierungen befugt, die Übertragung der Verwaltung der Landesabgaben auf die Reichsfinanzbehörden herbeizuführen. Von dieser Befugnis hat Sachsen Gebrauch gemacht und im Oktober 1919 beim Reichsminister der Finanzen beantragt, den oben genannten bisherigen sächsischen Stellen die Verwaltung der aufgeführten Landesabgaben zu übertragen. Dem Antrage ist auch Folge geleistet worden.

Inzwischen ist der Ausbau der Behörden der Reichsfinanzverwaltung weiter fortgeschritten, und es ist in nächster Zeit mit der Errichtung der Landesfinanzämter Dresden und Leipzig und der ihnen anzuschließenden Finanzgerichte, sowie der Finanzämter und sonach mit dem völligen Verschwinden der obengenannten bisherigen sächsischen Stellen zu rechnen. Das Finanzministerium wird des-